Zu beachten ist, daß seit den 1984 vorgenommenen gravierenden Veränderungen der BRD-Kriminalstatistik die Tatzahlen künstlich wesentlich verkürzt worden sind.¹⁷ Damit sind besonders internationale Vergleiche so gut wie ausgeschlossen.

Das Trauma Aufklärungsquote

Ein nicht zu übersehendes Symptom der Hilflosigkeit von Staat und Gesellschaft gegenüber der Kriminalitätsflut in der BRD ist die Unfähigkeit der Polizei, in ihrer Arbeit zur Ermittlung von Tatverdächtigen auch nur einigermaßen mit der ansteigenden Kriminalitätsrate Schritt zu halten.

Die Aufklärungsquote^{18 19} betrug 1986 45,8 Prozent. Sie ist damit nach den Feststellungen des Berichts „leicht gesunken“. Diese Quote lag im Vorjahr noch bei 47,2 Prozent. Im Bericht wird herausgestellt, daß mit 1 998 007 Fällen trotzdem „das bisher beste Aufklärungsergebnis erreicht“ wurde.¹⁸ So sehr das auch stimmt, so wenig ist es Ausdruck einer positiven Bilanz. Im Gegenteil: die Aufklärungsergebnisse bleiben in der Tendenz hoffnungslos hinter dem Wachstum der Kriminalität zurück. Zur Erklärung beziehen wir uns auf eine Erfolgsstatistik, die der Bericht²⁰ anbietet („aufgeklärte Fälle“) und ergänzen die offizielle Zusammenstellung durch eigene Berechnungen („unaufgeklärt gebliebene Fälle“). Danach stellt sich die Sache wie folgt dar (Tabelle 7):

Tabelle 7 Aufgeklärte und unaufgeklärte Straftaten

Jahr	aufgeklärte Fälle	Aufklärungsquote	unaufgeklärte Fälle
1963	932 307	55,5 Prozent	746 533
1968	1 118 493	51,8 Prozent	1 040 017
1973	1 201 861	46,9 Prozent	1 358 103
1978	1 509 120	44,6 Prozent	1 871 396
1983	1 958 677	45,1 Prozent	2 386 430
1984	1 931 022	46,7 Prozent	2 201 761
1985	1 988 478	47,2 Prozent	2 226 973
1986	1 998 007	45,8 Prozent	2 369 117

Die Anzahl der aufgeklärten Fälle ist zwar von 1963 bis 1986 um 114 Prozent gestiegen; in derselben Zeit sind aber die unaufgeklärt gebliebenen Fälle um 217 Prozent, also um mehr als das Doppelte angewachsen.

Die Tendenz geht augenfällig dahin, daß immer mehr Kriminalität praktisch unverfolgt bleibt und die Verunsicherung des Lebens der Menschen fortschreitet. Selbst wenn man die heutige Lage lediglich fortschreiben, also von künftigen weiteren Steigerungen absehen wollte, würde binnen knapp 25 Jahren die Gesamtanzahl allein der nicht aufgeklärten Straftaten größer sein als die Bevölkerung der BRD. Und hierbei handelt es sich wohlgerne um die bekanntgewordene Kriminalität. Hinzu kommt das sog. Dunkelfeld, das nach einhelliger Auffassung von BRD-Experten ein Mehrfaches der insgesamt 4 367 124 festgestellten Straftaten beträgt. Da ist es dann kein Wunder, wenn selbst führende Polizeibeamte die Meinung äußern, die Polizei könne Straftaten nur noch „verwalten“.²¹

Dabei ist aber zu bedenken, daß es nicht etwa in erster Linie die ausgebeuteten Klassen und Schichten in der monopolkapitalistischen Gesellschaft sind, die infolge ihrer immer unsicherer werdenden Lebensbedingungen in der Tat von der Kriminalität wie von einer Seuche heimgesucht werden; vielmehr beweist die vielbeschriebene Kriminalität der „weißen Kragen“, daß die herrschende Klasse selbst unter dem Druck der objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung ihr parasitär-kriminelles Wesen entfaltet und damit der ganzen Gesellschaft ihren Stempel aufdrückt. Und darin sind die eigentlichen Gründe für die Ohnmacht der Kriminalitätsbekämpfung in der BRD zu suchen.

H.H.

Frankreichs Kommunisten im Kampf für die Grundrechte der Werktätigen

Dr. BÄRBEL WEISS,

Institut für Theorie des Staates und des Rechts der Akademie der Wissenschaften der DDR

Die Französische Kommunistische Partei hatte auf ihrem XXV. Parteitag (Februar 1985) die Forderung nach einer Ergänzung der Verfassung der Französischen Republik erhoben, um die Rechte und Freiheiten der Werktätigen zu erweitern und dauerhaft zu sichern.¹ Zu Beginn dieses Jahres beriet und verabschiedete das Zentralkomitee der FKP nun den Entwurf einer „Deklaration der Freiheiten“ (Déclaration des libertés).² Sie wird als neue Präambel zur geltenden Verfassung von 1958 vorgeschlagen und soll den Kampf unterstützen, mit dem die demokratischen und sozialen Errungenschaften des französischen Volkes gegen verstärkte Angriffe der Rechtskräfte verteidigt werden. Die Gesamtheit der im Deklarationsentwurf verankerten Rechte und Freiheiten ist darauf gerichtet, den Weg zu einer tiefgreifenden Demokratisierung der französischen Gesellschaft zu ebnen.

Es ist von theoretischer Tragweite, daß Frankreichs Kommunisten die Form der Verfassungspräambel für ihre Vorschläge zur Demokratisierung des politischen Systems gewählt haben. Die bürgerliche politische Theorie vertritt die Auffassung, daß dem einfachen Gesetz eine größere Bedeutung für die Garantie und den Schutz der Grundrechte zukomme als den Verfassungsnormen³ und daß dies als Besonderheit Frankreichs anzusehen sei. Bis in die 60er Jahre wurde in der französischen bürgerlichen Verfassungslehre sogar der Streit über den rechtlichen Wert der nach wie vor geltenden Präambel der Verfassung von 1946 geführt, die die überwiegende Mehrzahl der heute in Frankreich anerkannten Grundrechte, darunter solch bedeutende Rechte wie das Streikrecht, enthält.

Bereits 1975 hat die FKP mit ihrem damals unter dem Titel „Vivre libres“ veröffentlichten Entwurf einer neuen Verfassungspräambel verdeutlicht, daß dies nicht der Standpunkt der französischen marxistischen Verfassungstheorie ist. Die bürgerliche Verfassungslehre offenbart mit ihrem Interesse daran, daß wichtige soziale und politische Grundrechte lediglich durch einfaches Gesetz geregelt werden, das Klasseninteresse der Bourgeoisie, diese Grundrechte „situationgerecht“ einschränken oder aushöhlen zu können.

Die französischen Kommunisten hingegen meinen, es sei wichtig, fundamentale Rechte und Freiheiten verfassungsrechtlich zu verbürgen, weil damit langfristig eine konkrete Orientierung des Kampfes in Richtung auf die demokratische Umgestaltung der Gesellschaft und zugleich eine — im einzelnen immer wieder gegen Angriffe der Reaktion zu verteidigende — Garantie bestimmter Instrumentarien dieses Kampfes gegeben ist.

Dabei knüpften die Kommunisten bewußt an die revolutionären Traditionen französischen Verfassungsdenkens an. War die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 eine Kriegserklärung der aufstrebenden Bourgeoisie an den Feudalismus, die den Menschheitsfortschritt dieser historischen Epoche im allgemeinen und das Emanzipationsprogramm der bürgerlichen Klasse im besonderen reflektierte⁴, so ist heute der Deklarationsentwurf der FKP ein Versuch, das Programm des antimonopolistischen Kampfes aller demokratischen Kräfte zu instrumentalisieren, eine Plattform des Zusammenschlusses einer breiten Volksbewegung für die demokratische Umgestaltung der Gesellschaft zu schaffen.

Bemerkenswert ist im Lichte dieses Anliegens auch folgerichtig ist, daß der Deklarationsentwurf im Unterschied zu bürgerlichen Rezeptionen des revolutionären Erbes der Bourgeoisie ausdrücklich auf die Erklärung der Menschen- und

17 Vgl.: „Zur Kriminalstatistik der BRD für das Jahr 1984“, a. a. O., S. 456.

18 Als aufgeklärter Fall gilt nach den Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik der BRD eine Straftat, die nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis ein mindestens namentlich bekannter oder auf frischer Tat ergriffener Tatverdächtiger begangen hat (vgl. Bulletin, a. a. O., S. 325).

19 Bulletin, a. a. O., S. 314.

20 Bulletin, a. a. O., S. 314.

21 Frankfurter Rundschau (Frankfurt am Main) vom 24. April 1987, S. 17.

t Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der FKP an den XXV. Parteitag (Berichterstatte: G. Marchais, Generalsekretär der FKP) heißt es u. a.: „Wir fordern, daß in die Präambel der Verfassung eine Deklaration der Freiheiten aufgenommen wird, die die Verfassung durch Aufnahme der Prinzipien der Erklärung der Menschenrechte und der Verfassung von 1946 entsprechend den Bedürfnissen einer modernen Demokratie ergänzen würde und somit den Bürgern weitestgehende Garantien gäbe“ (in: XXV. Parteitag der Französischen Kommunistischen Partei, Materialien, Berlin 1985, S. 62).

2 L'Humanité vom 2. Februar 1987.

3 Vgl. C. A. Collard, *Libertes publiques*, 5. Aufl., Paris 1975, S. 101.

4 Vgl. H. Klenner, *Marxismus und Menschenrechte* (Studien zur Rechtsphilosophie), Berlin 1982, S. 26 ff. (52), Text der Erklärung ebenda, S. 226 ff.